

Zukunft der Hilfe für Opfer sexueller Gewalt im Kreis Neuwied ungewiss

Im Kreis Neuwied enden 2025 die Hilfsangebote für Opfer sexueller Gewalt. Politik muss Lösungen finden, bevor es zu spät ist.

Im Kreis Neuwied steht die Zukunft der Hilfsangebote für Opfer sexueller Gewalt auf der Kippe. Ab 2025 werden voraussichtlich keine Beratungs- und Unterstützungsdienste mehr zur Verfügung stehen, da der Frauennotruf Koblenz die Region nicht mehr länger versorgen kann. Dies könnte erhebliche Auswirkungen auf Betroffene haben, die sich in einer äußerst verletzlichen Lage befinden.

Der Rückzug des Frauennotrufs Koblenz

Die Beratungsstelle in Koblenz hat in den letzten Jahren eine rabiante Überlastung erfahren, da lediglich vier Teilzeitmitarbeiter für eine Population von annähernd einer halben Million Menschen zuständig sind – der Kreis Neuwied nicht einmal einbezogen. Diese Situation ist auf mangelnde Finanzierung zurückzuführen. „Wir kämpfen und kämpfen, aber es passiert nichts“, äußert Heidetraut Kluckow, die über drei Jahrzehnte lang im Trotzdem-Lichtblick-Verein aktiv war, der sich ebenfalls um Opfer sexueller Gewalt kümmerte. Dieser Verein hat nun aufgrund fehlenden Nachwuchses seine Aktivitäten eingestellt.

Komplikationen für betroffene Frauen

Trotz der Schließung lokaler Einrichtungen gibt es Optionen für Frauen, die sexuelle Gewalt erfahren haben. Sie können sich an

das nationale Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ wenden, erreichbar unter der kostenlosen Nummer 116 016. Diese zentrale Anlaufstelle bietet Unterstützung und Beratung, auch für Angehörige und Freunde, die helfen möchten. Es ist wichtig, dass Betroffene wissen, dass sie nicht alleine sind und Hilfe in Anspruch nehmen können, selbst wenn es keine örtlichen Angebote mehr gibt.

Politische Verantwortung und Notwendigkeit einer neuen Institution

Angesichts der prekären Lage fordert Kluckow die lokale Politik auf, aktiv zu werden. Es wird ein dringender Bedarf gesehen, eine neue Institution für die Unterstützung von Frauen zu schaffen, um die Stadt nicht länger auf das Ehrenamt angewiesen zu lassen. „Deutschland hat die Istanbul-Konvention unterzeichnet und muss Frauen vor Gewalt schützen“, betont Kluckow.

Ein hoffnungsvoller Ausblick für 2025

Um die Unterstützung für Betroffene ab 2025 zu sichern, arbeitet der Kreis Neuwied an der Entwicklung eines eigenen Frauennotrufs. Die Gleichstellungsbeauftragte Daniela Kiefer sieht dies als Chance zur Verbesserung der derzeitigen Situation und strebt an, professionellen Rat in geografischer Nähe anzubieten. „Ich habe den Eindruck, da ist etwas in Bewegung gekommen und ich bin vorsichtig optimistisch“, teilt Kiefer mit.

Finanzielle Hürden müssen noch überwunden werden

Dennoch stehen dem geplanten Frauennotruf noch einige Herausforderungen bevor. Die Finanzierung ist nicht gesichert, und die Kreisverwaltung hat einen Zuschuss vom Land beantragt. Ohne finanzielle Unterstützung wird es schwierig sein, die dringend benötigten Hilfsangebote in der Region

aufrechtzuerhalten.

Folglich sind sowohl die kommunale Verantwortung als auch die Unterstützung für die Betroffenen von entscheidender Bedeutung. Es bleibt zu hoffen, dass bis 2025 Lösungen gefunden werden, um die Notwendigkeit einer professionellen Unterstützung für Opfer sexueller Gewalt im Kreis Neuwied zu gewährleisten.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)